Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6729**

14. Wahlperiode 24. 07. 2001

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6631 –

Rechtsextreme Tendenzen bei der Burschenschaft Danubia und anderen Burschenschaften

Der mutmaßliche Haupttäter des brutalen Überfalls auf einen 31-jährigen Griechen in München ist nach der Tat bei der Münchner Burschenschaft Danubia versteckt worden. Der Grieche war in der Nacht zum 13. Januar 2001 von rund 20 Skinheads zusammengeschlagen und mit Springerstiefeln getreten worden und musste daraufhin schwer verletzt in eine Klinik eingeliefert werden. Auch eine Gruppe von Männern, die ihm helfen wollten, wurde brutal angegriffen.

Wie der leitende Oberstaatsanwalt am 18. Juni 2001 in München mitteilte, brachte ein Mitglied der Regensburger Burschenschaft Teutonia den 19-Jährigen mutmaßlichen Haupttäter mit einem Auto in das Haus der Münchner Studentenverbindung Danubia. Gegen den Regensburger Studenten werde wegen Strafvereitelung ermittelt.

Ein Mitglied der Danubia sei ebenfalls an der Tat beteiligt gewesen, teilte der leitende Oberstaatsanwalt zudem mit. Gegen ihn werde wegen schwerer Körperverletzung ermittelt. Gegen rund ein Dutzend rechtsextremer Skinheads erhob die Staatsanwaltschaft Anklage wegen versuchten Mordes (ap, 18. Juni 2001).

Der mutmaßliche Haupttäter, der zunächst bei der Danubia Unterschlupf fand und sich danach absetzte, war rund zwei Wochen nach dem brutalen Überfall in den Niederlanden festgenommen und anschließend nach München ausgeliefert worden. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm und zwei weiteren an der Tat Beteiligten versuchten Mord vor. Sie sollen mit bedingtem Tötungsvorsatz auf das Opfer eingetreten haben. Der Prozess werde voraussichtlich im September stattfinden.

Im ersten einer Reihe von Prozessen waren zwei der beteiligten Skinheads vom Münchner Jugendschöffengericht wegen schwerer Körperverletzung zu 14 und 18 Monaten Haft verurteilt worden. Am 20. Juni 2001 begann der Prozess gegen drei weitere Tatbeteiligte. Auch sie müssen sich wegen gefährlicher Körperverletzung vor Gericht verantworten (ap, 18. Juni 2001, und Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 20. Juni 2001).

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 20. Juli 2001 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Erst am 14. Juni 2001 hatte der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein vor drei Burschenschaften, darunter Teutonia und Danubia, gewarnt (Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, 268/01). Rechtsextremisten pflegten Kontakte mit Burschenschaften oder versuchten sogar, akademische Verbindungen zu unterwandern. Der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein wies darauf hin, dass die Münchner Burschenschaft Danubia wiederholt Rechtsextremisten wie dem NPD-Funktionär Horst Mahler ein Forum für verfassungsfeindliche Auftritte geboten habe.

Der Sprecher des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz bestätigte dieser Tage, dass Rechtsextremisten seit dem vergangenen Jahr verstärkt versuchten, Einfluss in akademischen Verbindungen und Universitäten zu gewinnen. Seitdem beobachte auch der Verfassungsschutz die Bemühungen von Rechtsextremisten in Uni-Kreisen verstärkt. Über die Gründe gebe es laut „Frankfurter Rundschau“ (FR) bislang nur Vermutungen. Die NPD, von einem Parteiverbot bedroht, suche möglicherweise nach neuen Strukturen. Über die Burschenschaften lasse sich auch Kontakt zu den „Alten Herren“, den früheren Studenten, herstellen. Allein zur Danubia sollen 600 „Alte Herren“ gehören (FR, 21. Juni 2001).

Verbindungen ins rechtsextremistische Spektrum bestünden jedoch nicht nur zur NPD.

Zu den Referenten der „Bogenhausener Gespräche“ (in München-Bogenhausen verfügt die Danubia über ein Verbindungshaus) zählten laut dem bayerischen Innenminister Dr. Günther Beckstein der Cheftheoretiker des rechtsextremistischen Deutschen Kollegs, Reinhold Oberlercher, der verurteilte Südtirol-Terrorist Peter Kienesberger und der französische Theoretiker der „Neuen Rechten“, Alain de Benoist. Im aktuellen Semesterprogramm der Danubia finde sich für den 18. Juni 2001 ein Vortrag des Neonazis Alexander von Webenau über den von den Nationalsozialisten verehrten Albert Leo Schlageter mit dem Titel: „Leben und Sterben eines deutschen Helden“ (Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juni 2001 und SZ, 20. Juni 2001).

Im Rahmen der „Bogenhausener Gespräche“ referierten des Weiteren der NPD-Funktionär Thor von Waldstein (Februar 1997), K. W., einer der führenden Strategen der „Neuen Rechten“ moderierte 1998 den Diskussionsabend zum Thema „Facetten der Konservativen Revolution“.

Danubia-Mitglieder nehmen regelmäßig an der alljährlich stattfindenden Annaberg-Gedenkfeier teil, die anlässlich der Erstürmung des oberschlesischen Annabergs 1921 durch die terroristische „Kameradschaft Freikorps- und Bund Oberland“ des „Freikorps Oberland“ abgehalten wird (Lexikon „Informationsdienst gegen Rechtsextremismus“, www.idgr.de/lexikon/stich/b/burschenschaft/danubia.html).

Akteure aus dem Bereich des organisierten Rechtsextremismus suchten und fanden zuletzt auch Anschluss bei der Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg. Im Haus der Teutonia legte unter anderem der rechtsextremistische Autor und Redakteur des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ sowie Funktionär der NPD, Jürgen Schwab, seine „Grundlagen nationaler Politik“ dar, wobei er in traditioneller rechtsextremistischer Manier die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellte und sie als Vasall der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges darstellte (Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juni 2001, 268/01).

In der Burschenschaft Frankonia Erlangen fänden zurzeit Richtungskämpfe zwischen einem demokratischen und einem extremistischen Flügel statt. Der rechtsextremistische Funktionär Harald Neubauer, Mitherausgeber von „Nation & Europa“ und früherer REP-Generalsekretär, habe 1998 mit einem Vortrag die antidemokratische Strömung motiviert (Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, 14. Juni 2001).

Überdies unterhielten die Burschenschaften eigene Homepages im Internet, auf denen sich neben Diskussionsforen auch Links zu rechtsextremistischen Institutionen beziehungsweise Publikationen, etwa „Nation & Europa“ oder

„Staatsbriefe“ fanden (Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14. Juni 2001). Auf der Website der Danubia heißt alles, was anderswo als „Link“ bezeichnet wird, „Hot-Rechts“. Direkt von der Danubia-Seite geht es zur Seite des NPD-Aktivisten Horst Mahler, zur rechtskonservativen Zeitschrift „Jungen Freiheit“ und zu www.achtungpanzer.com, wo unter anderem über die Leistungen der deutschen Panzertruppe im Zweiten Weltkrieg berichtet wird (SZ, 20. Juni 2001). Am 21. Juni 2001 heißt es derweil auf der Homepage der Danubia: „Wegen der hohen Zahl der Zugriffe, aus aktuellem Anlass, ist unsere homepage derzeit überlastet und zeitweilig nicht erreichbar. Damit das zz. Wichtigste, nämlich unsere Stellungnahmen, erreichbar ist, haben wir alle weiteren Seiten derzeit abgeschaltet.“

Zu den Mitgliedern der Danubia, die Mitglied im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ ist und innerhalb der sie zum äußersten Rand, der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“, gehört, zählt auch M. P., verantwortlicher Redakteur des REP-Parteiorgans „Der Republikaner“ und Mitglied der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“.

Bis 1998 hatte die Danubia als Vorsitzenden ihres Altherrenverbandes einen in Verfassungsschutzkreisen bundesweit bekannten Mann: den rechten Multifunktionär H.-U. K. (SZ, 20. Juni 2001). Dieser gehörte gleichzeitig dem Bundesvorstand des Witikobundes an, welcher zum äußersten rechten Rand der Sudetendeutschen Landsmannschaft zählt. Darüber hinaus ist er regelmäßiger Autor von „Nation & Europa“ und den „Staatsbriefen“.

Im November 1999 sprach der Schriftleiter des Witikobundes, Dr. H. B., bei der Danubia zum Thema „Die Deutschen in Oberschlesien – Vergangenheit und Chancen für die Zukunft“.

Der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein kündigte an, dass der Verfassungsschutz die weitere Entwicklung an den Hochschulen sorgfältig beobachten werde. Der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Christoph Moosbauer forderte inzwischen das Bayerische Staatsministerium des Innern auf, ein Verbot der Danubia und der ebenfalls rechts orientierten Regensburger Burschenschaft Teutonia ernsthaft zu prüfen (SZ, 20. Juni 2001).

1. Wird die Münchner Burschenschaft Danubia von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuft?
   a) Wenn ja, seit wann und aufgrund welcher Erkenntnisse?
   b) Wenn nein, warum nicht?

Die Feststellung von Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen von Organisationen, deren Aktivitäten sich – wie im vorliegenden Fall – nicht über den Bereich eines Bundeslandes hinaus erstrecken, fällt in die Zuständigkeit der Landesbehörden für Verfassungsschutz. Dies betrifft insbesondere auch die Frage, ob bzw. welche Burschenschaften von den Landesbehörden für Verfassungsschutz beobachtet werden. Die Bundesregierung nimmt zu solchen Angelegenheiten der Länder grundsätzlich keine Stellung. Anderes kann dann gelten, wenn Beobachtungsobjekte des Bundes sich um Kontakte zu Burschenschaften bemühen.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz bereits im April 2000 bei den Ländern angeregt hat, der Frage „Rechtsextremismus in Burschenschaften“ näher nachzugehen.

2. Wird die Regensburger Burschenschaft Teutonia von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuft?
   a) Wenn ja, seit wann und aufgrund welcher Erkenntnisse?
   b) Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Werden oder wurden weitere Burschenschaften in den letzten 10 Jahren von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuft?
   a) Wenn ja, in welchen Jahren und aufgrund welcher Erkenntnisse (bitte für jede einzeln begründen)?
   b) Wenn nein, warum nicht?

Rechtsextremistische Burschenschaften, die über den Bereich eines Bundeslandes hinaus wirken, sind nicht bekannt. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Bogenhausener Gespräche“ und welche Rechtsextremisten haben dort seit ihrer Gründung Mitte der achtziger Jahre zu welchen Themen referiert?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird Bezug genommen.

5. Wurden oder werden die „Bogenhausener Gespräche“ aus Bundesmitteln bezuschusst?

   Wenn ja, seit wann und in welcher Höhe?

Nein

6. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Verbindungen der Burschenschaft Danubia zur NPD in den letzten 10 Jahren und wenn ja, welcher Art sind diese?

Nach Erkenntnissen der Bundesregierung hielten bei der Burschenschaft Danubia in der Vergangenheit einzelne NPD-Mitglieder Vorträge.

7. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Verbindungen anderer Burschenschaften zur NPD in den letzten 10 Jahren und wenn ja, welcher Art sind diese?

Die NPD bemüht sich seit langem um Kontakte auch in Burschenschaften hinein.

8. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über Verbindungen der Burschenschaft Danubia zu weiteren Organisationen aus dem bundesdeutschen und internationalen Rechtsextremismus und wenn ja, welcher Art sind diese?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird Bezug genommen.

9. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine rechtsextreme Durchsetzung der „Deutschen Burschenschaft“ (DB)?

Dem Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) gehören ca. 120 Burschenschaften an. Von den Burschenschaften, zu denen nach Erkenntnissen der Länder tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bekannt geworden sind, ist eine geringe Anzahl Mitglied der „DB“. In einzelnen Fällen liegen Erkenntnisse vor, dass Rechtsextremisten Mitglieder in Burschenschaften sind oder mit Vorträgen auftraten.

10. Wurde die rechtsextreme Durchsetzung der DB oder eines Teils der DB schon einmal im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt und wenn ja:

    a) Wann?

    b) Wie lange?

    c) Wann und mit welcher Begründung wurde die Erwähnung der DB oder eines Teils der DB aus dem Bundesverfassungsschutzbericht herausgenommen?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen. Die „DB“ als solche wurde im Verfassungsschutzbericht 1995 erwähnt (S. 165); dies bedeutet nicht, dass die „DB“ damals Beobachtungsobjekt war.

11. Erhielt die DB in den letzten 10 Jahren Fördermittel aus dem Bundeshaushalt?

    Wenn ja, in welcher Höhe und für welchen Verwendungszweck (bitte für jedes Jahr darstellen)?

Nein

12. Erhielten Burschenschaften in den letzten 10 Jahren finanzielle Förderung aus Bundesmitteln?

    Wenn ja, welche und in welcher Höhe und für welchen Verwendungszweck (bitte für jedes Jahr darstellen)?

Sofern man auch sportlich bzw. musikalisch ausgerichtete Hochschulverbände unter den Begriff „Burschenschaften" im weitesten Sinne fassen will, haben zwei derartige Hochschulverbände in den vergangenen zehn Jahren Förderungen durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Haushaltstitel 3004/685 04 „Förderung hochschulbezogener zentraler Maßnahmen studentischer Verbände und anderer Organisationen", erhalten. Die Förderung erfolgte

1. im Falle des 1. Verbandes 1992 i. H. v. 2 000 DM, 1993 i. H. v. 3 000 DM
2. im Falle des 2. Verbandes 1997 bis 2001 i. H. v. 65 000 DM sowie in den Jahren 1976 bis 1997 i. H. v. DM 62 730.

13. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über die „Burschenschaftlichen Blätter“?

Die Ausgabe 2/2000 der „Burschenschaftlichen Blätter" enthielt einen Werbeprospekt des „Amdt-Verlags“. Zum „Arndt-Verlag“ wird auf den Verfassungsschutzbericht 2000 (Pressefassung), S. 104 f. verwiesen.

14. Warum wird die Burschenschaft Danubia bisher nicht im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt?

15. Warum wird die Burschenschaft Teutonia bisher nicht im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt?

16. Werden oder wurden andere Burschenschaften in den letzten 10 Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet?

    Wenn ja, in welchen Jahren und mit welchen Erkenntnissen (bitte für jede einzeln darstellen)?

17. Wird die Bundesregierung die neuesten Erkenntnisse des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Burschenschaft Danubia und die Burschenschaft Teutonia zum Anlass nehmen, die Danubia und die Teutonia in Zukunft vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen?

    Wenn nein, warum nicht?

Es wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass nur Beobachtungsobjekte im Verfassungsschutzbericht des Bundes erwähnt werden, deren Bestrebungen und Tätigkeiten sich über den Bereich eines Landes hinaus erstrecken. Burschenschaften, deren Wirkungskreis sich über die Grenzen eines Landes hinaus erstreckt, sind nicht bekannt. Im Übrigen gilt die Antwort zu Frage 1.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333